

Reiden will Einzonungen selbst vornehmen

Der Gemeinderat nimmt Stellung zum Entwurf des kantonalen Richtplans. Am Strategischen Arbeitsgebiet hält er – mit Vorbehalten – fest.

Der Kanton Luzern revidiert derzeit seinen Richtplan. Dieser gibt die zentralen Leitplanken zur künftigen Entwicklung des Kantons vor. Am Montag ist die Frist zur öffentlichen Mitwirkung abgelaufen. Eine Stellungnahme abgegeben hat auch Reiden. Am Dienstag hat er darüber informiert.

Der Gemeinderat Reiden spricht sich darin für eine mögliche Erweiterung des Entwicklungsschwerpunktes (ESP) zwischen dem Gebiet Eisenbahn-Autobahn nördlich der Kantonsstrasse aus. Logistik soll jedoch nur noch in diesem Gebiet möglich sein. Er hält im Grundsatz am Strategischen Arbeitsgebiet (SAG) fest, will jedoch die Kriterien überarbeiten – und solange die Einstufung im Richtplan von Festsetzung auf Zwischenergebnis reduzieren. Weiter macht er sich stark für eine Ausweitung des Busnetzes, insbesondere mit einer Verbindung ab Dagmersellen via Langnau nach Reiden.

Entwicklungsschwerpunkt wird begrüsst, aber...

Die Ortsplanungskommission hat sich mit dem Entwurf zum Richtplan intensiv auseinandergesetzt und ihre Empfehlungen zuhanden des Gemeinderates verabschiedet. Alle Inputs der Kommission seien in seine Stellungnahme eingeflossen, ebenso jene des Planungsverbandes Zofingenregio, teilt der Gemeinderat mit. Reiden ist eine von fünf Luzerner Mitgliedsgemeinden bei Zofingenregio (siehe Artikel rechts).

Hauptaugenmerk wird auf den bestehenden Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Reiden/Wikon und das Strategische Arbeitsgebiet (SAG) gelegt: Der Gemeinderat befürwortet eine Erweiterung des ESP im Gebiet Schürlimatte/Chrüzmatte (zwischen Eisenbahn und Autobahn). Wegen den nahen Anschlüssen an Autobahn und Eisenbahn sei dieses Gebiet für wertschöpfungsintensive An-

siedlungen geeignet – «ohne das Zentrum mit Verkehr zu belasten», erklärt Willi Zürcher, Gemeinderat Bau & Infrastruktur. Ansiedlungen in diesem Gebiet entsprächen der bereits verfolgten Strategie der Gemeinde. Im Gebiet Bruggmatte/Roggen-

acher (Landi in Richtung Eisenbahn) beantragt der Gemeinderat die mögliche ESP-Erweiterungsoption von Ost nach West – und nicht wie im Entwurf vorgesehen von West nach Ost. Im Gebiet Landi bestehe bereits eine Arbeitszone – wenn über-

haupt, solle von da aus eine Weiterentwicklung angestrebt werden.

Weiter äussert sich der Gemeinderat zur Ansiedlung von Logistikbetriebern auf dem Gemeindegebiet. Er setzt sich dafür ein, dass der Cluster Logistik aus

dem bestehenden ESP Reiden-Wikon an der Industriestrasse entfernt wird, und beantragt, dass eine Ansiedlung von Logistikunternehmen nur im Gebiet zwischen der Eisenbahn und der Autobahn nördlich der Kantonsstrasse möglich sein soll.

Zudem beantragt er in Absprache mit der Region (inkl. Gemeinde Wikon) eine Umklassierung der Industriestrasse zur Kantonsstrasse, damit der Verkehr in Richtung Norden nicht durch das Dorfzentrum, sondern via Industriestrasse geleitet werden kann.

«Einzonungen nicht an den Kanton delegieren»

Der Gemeinderat nimmt auch Stellung zum Strategischen Arbeitsgebiet. Er hält aktuell im Grundsatz an einem SAG in Reiden fest. Er beantragt jedoch im Richtplan eine Herabklassierung von Stufe «Festsetzung» auf die Stufe «Zwischenergebnis». Dies ermögliche dem Kanton und dem Gemeinderat neben den im Richtplan erwähnten Aufgaben wie Verkehr und Fruchtfolgeflächen auch weitere Kriterien – beispielsweise Anforderung an die Wertschöpfung und Diversifizierung – zu diskutieren und zu definieren. Auch die Argumente zum Standort sollen nochmals geführt werden, bevor wiederum über eine Heraufklassierung zur Festsetzung im Richtplan entschieden werden kann.

«Sowohl beim ESP wie auch beim SAG bestehen wir in jedem Fall auf ein kommunales Einzonnungsverfahren. Wir möchten die Entscheidung zu Einzonnungen nicht an den Kanton delegieren», so Willi Zürcher.

Im Bereich Mobilität setzt sich der Gemeinderat für die Buskorridorverlängerung bis nach Reiden ein. Der Bus von Willisau nach Dagmersellen soll über Langnau/Reiden/Wikon/Zofingen weitergeführt werden. Dies ermögliche den Bürgerinnen und Bürgern gute Anbindungen an den Standort Willisau. Zofingenregio startet im Frühling mit der Überprüfung des Busverbindungskonzeptes in den Kantonen Aargau und Luzern. Die erwarteten Ergebnisse sollen zu einem späteren Zeitpunkt im Richtplan ergänzt werden. (zto)

Wikon soll nicht Landgemeinde sein

Wikon Der Kanton Luzern unterzieht seinen Richtplan derzeit einer Gesamtrevision. Auch der Regionalplanungsverband Zofingenregio hat in der öffentlichen Mitwirkung dazu Stellung genommen. Er stimmt allen strategischen Zielen und Stossrichtungen zu, stellt aber auch Anträge, wie aus einer Medienmitteilung hervorgeht. Dem Verband Zofingenregio sind die fünf Luzerner Gemeinden Dagmersellen, Pfaffnau, Reiden, Roggliswil und Wikon angeschlossen.

Eine zentrale Forderung betrifft den Raumtyp der Gemeinde Wikon. Wikon wurde im Entwurf zum neuen Richtplan als Landgemeinde eingestuft. «Das ist für den Regionalverband Zofingenregio nicht nachvollziehbar», sagt Tobias Vogel, Regionalplaner Zofingenregio.

Wikon grenze direkt an das Agglomerationszentrum Stadt Zofingen an, so Vogel. Die Herausforderungen, die sich in der Gemeinde Wikon deshalb insbesondere bezüglich Verkehr und Mobilität stellen, seien nicht mit denen anderer Landgemeinden vergleichbar. Zudem sei im Richtplanentwurf erwähnt, dass Gemeinden, in denen kantonale Entwicklungsschwerpunkte (ESP) liegen, entweder städtische oder sogenannte intermediäre Gemeinden sind. «Intermediäre Gemeinden liegen zwischen städtischen Gemeinden und Landgemeinden», erklärt Tob-



Wikon aus der Luft mit der markanten Marienburg, aufgenommen im Sommer 2016. Bild: Andi Leemann

as Vogel. «Damit im Bereich Mobilität Lösungsansätze zur Anwendung kommen können, die einer Agglomerationsgemeinde angemessen sind, beantragen wir, dass die Gemeinde Wikon eine intermediäre Gemeinde ist.»

Weitere Anmerkungen betreffen den kantonalen Entwicklungsschwerpunkt Reiden/Wikon. Zofingenregio begrüsst die Festsetzung des ESP im kantonalen Richtplan, genauso wie diejenige des ESP Dagmersellen. Gleichzeitig for-

dert er, dass die Gebiete nördlich der Bahnhofstrasse und westlich der Bahngleise in Wikon aus dem ESP-Perimeter zu streichen sind.

«Wir würden es begrüßen, wenn die industriellen Nutzungen in den Gebieten südlich und östlich der Bahngleise konzentriert würden. Zudem sollten Logistiktutzungen in unmittelbarer Nähe des Autobahnanschlusses liegen», sagt Tobias Vogel dazu.

Ausserdem sei Zofingenregio der Meinung, dass die Ver-

kehrskapazitäten zur Erschliessung der ESP Reiden/Wikon und Dagmersellen auch langfristig zu gewährleisten sind.

«Wenn der Kanton Luzern die Gemeinden beauftragt, Logistikgebiete zu planen, soll er sich im Gegenzug auch explizit dafür einsetzen, dass dafür optimale Rahmenbedingungen wie die nötigen Strassen- und Bahnkapazitäten sichergestellt werden – und zwar sowohl auf Stufe Bund als auch auf Stufe Kanton», so der Regionalplaner. (kd/zt)

Kanton grätscht beim Kleintheater (noch) nicht dazwischen

Der Kanton Luzern will sich bei dem in seiner Existenz bedrohten Kleintheater auf die Rolle des Beobachters beschränken.

«Wir sind Kleintheater», sagte Bildungsdirektor Armin Hartmann (SVP) am Dienstag in einer dringlichen Debatte des Kantonsrats zum Kleintheater. Trotzdem will er sich auf eine eher passive Rolle beschränken. Es sei wichtig, dass bei der Suche nach einer Lösung die Rollenverteilung eingehalten werde, erklärte er. Der Kanton beobachte die Situation, stehe mit allen Beteiligten in Kontakt und gebe seine Expertise in die Diskussion ein.

Der Ball liege aber bei den Vertragsparteien, sagte Hartmann. LUPK und Kleintheater befänden sich in einem guten Dialog, eine Lösung scheine möglich. Die Öffentliche Hand werde sich einschalten, wenn

die Gespräche nicht in die gewünschte Richtung gingen. Der Lead liege aber bei der Stadt, es brauche keine aktivere Rolle des Kantons. «Wir dürfen optimistisch sein, dass wir eine gute Lösung finden», sagte der Bildungsdirektor.

Das Gebäude ist mit Naphtalin belastet

Mitte Januar hatte das von Emil Steinberger 1967 gegründete Kleintheater beim Bundesplatz publik gemacht, dass es von der Schliessung bedroht sei. Grund dafür sei, dass die Besitzerin des Gebäudes, die LUPK, die mit dem Schadstoff Naphtalin belastete Immobilie abreißen wolle. Eine Bühne sei in dem Neubauprojekt bislang nicht vorgese-



Die Zukunft des in einem Luzerner Bürogebäude untergebrachten Kleintheaters ist ungewiss. Bild: Keystone/Urs Flüeler

hen, zudem wären die Mieten in einem Neubau teuer.

Diese Nachricht habe Betroffenheit ausgelöst, sagte Melanie Setz (SP), die mit einer dringlich erklärten Anfrage die

Debatte im Parlament angestossen hatte. Der Kanton habe eine Verantwortung für die Kultur, er müsse deswegen eine aktivere Rolle einnehmen. «Ein Lippenbekenntnis genügt nicht», sagte

sie. Zudem wäre eine Sanierung des Hauses nachhaltiger als ein Abriss und Neubau.

Die bürgerlichen Fraktionen bekannten sich alle auch zum Kleintheater. Dieses sei wichtig für die kulturelle Vielfalt und als Sprungbrett für junge Künstlerinnen und Künstler, sagte Angela Spörri (GLP). Die LUPK habe aber keine kulturpolitische Verantwortung. Lisa Zanolla (SVP) betonte, dass die Aufgabe der Pensionskasse es sei, die Renten zu sichern.

Zielkonflikt für die Pensionskasse

Karin Stadelmann (Mitte) stützte die Haltung der Regierung, dass jeder Akteur sich auf seine Rolle beschränken solle. Mike

Hauser (FDP) sah, dass es für die LUPK einen Zielkonflikt zwischen der Sicherung der Vorsorgegelder und günstigen Mieten gebe.

Für weitere Votanten zeigt die Situation des Kleintheaters, wie wichtig die regionale Kulturförderung sei. Es brauche ein zukunftsfähiges Kulturförderungsgesetz, sagte Claudia Huser (GLP). Nicht nur das Kleintheater, auch weitere Institutionen wie das Jazzfestival Willisau oder die Braui Hochdorf benötigten Planungssicherheit.

Auch Huser sah den Regierungsrat nicht in der Rolle des Retters des Kleintheaters. Dieses benötige nun einen Stiftungsrat, der offen sei für innovative Lösungen. (sda)